

Privatisierung lässt Politiker aufhorchen

Schulreinigung – Vorhaben des Kreises wird in Fraktionen kontrovers diskutiert – Eltern sind damit einverstanden

DARMSTADT-DIEBURG. *In einer dreijährigen Studie hat die Kreisverwaltung in Erfahrung gebracht, dass die in den 81 Schulen putzenden Fremdfirmen bei gleicher Qualität nur halb so viel kosten wie die kreiseigenen Putzkräfte. Die angestrebte Privatisierung sorgt für Diskussionen.*

„Der Kreiselternbeirat hat intensiv die Sauberkeit in den Schulen ins Auge genommen. Das Ergebnis: im Durchschnitt ist es gut“, lobt Elternbeiratsvorsitzender Ottmar Haller (Roßdorf). Es lasse sich kein Unterschied zwischen den oft sehr engagierten externen Reinigungskräften und denen des Kreises erkennen. Insofern gebe es auch keine Kritik am Vorhaben des Kreises.

„Für die SPD ist diese Privatisierung nicht gerade ein Herzenswunsch“, sagt SPD-Kreisfraktionsvorsitzende Christel Sprößler. „Wir haben das sehr intensiv diskutiert, letztlich überzeugen uns die Argumente.“ Derzeit gebe es ja in den Schulen „eine ziemlich unerträgliche Zwei-Klassen-Gesellschaft“ am Putzeimer: hier die bessergestellten Kreisbeschäftigten, da die Fremdfirmen. Für die gleiche Arbeit gebe es unterschiedlichen Lohn. „Wir wollen faire Bezahlung und ein lösbares Arbeitspensum“, sagt Sprößler, die auch Bürgermeisterin in Roßdorf ist. „Aus Erfahrung – wir haben Fremdreinigungskräfte im Rathaus – kann ich sagen, dass es gut funktioniert und die Damen zufrieden sind.“ Dürfte der Kreis bei der Ausschreibung die elf Euro des Öffentlichen Dienstes vorschreiben, „hätte das Charme“.

„Bei uns wird das Thema derzeit sehr kontrovers diskutiert“, schildert Grünen-Kreisfraktionsvorsitzende Brigitte Harth. „Wir hofften vor Jahren, als wir die Untersuchung mit in Auftrag gaben, dass diese die Eigenreinigung unterstützen wird. Das hat leider nicht funktioniert, die Ergebnisse sprechen eindeutig für die Vergabe nach draußen.“ Lohndumping (Harth: „Wir sind nicht die Oberprivatisierer“) solle freilich ebenso wenig unterstützt werden wie eine ineffiziente Struktur. In dieser „grünen Malaise“ wäre es, so Harth, „eine unglaublich elegante Lösung“, wenn der Kreis elf Euro Stundenlohn vorschreiben könnte.

Die CDU steht hinter dem Vorhaben des Landrates und seines Dezernenten. „In finanziell schwierigen Zeiten können wir es uns nicht mehr leisten, für die gleiche Leistung deutlich mehr auszugeben“, so CDU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Manfred Pentz (Groß-Zimmern). „Wir sind immer die Fraktion, die sagt, man muss auf die Kosten schauen. Da ist es nur konsequent, auf die Reinigung durch Fremdfirmen umzustellen.“

Allein die Linkspartei sieht das ganz anders. Sie will in einem Antrag sogar fordern, die derzeitigen Reinigungsverträge mit Fremdfirmen zu kündigen und nur noch kreiseigenes Personal einzusetzen. Begründung: Gemäß des „Berichts zur sozialen Lage“ des Landkreises „leben rund zehn Prozent der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze. Die Zahl derjenigen, die nicht von ihrer Rente leben können, hat sich im Landkreis zwischen 2006 und 2012 nahezu verdoppelt. Dieser Personenkreis darf durch Kreispolitik nicht vergrößert werden.“

Die „sozial verantwortliche Umstellung“ der Reinigung der 81 kreiseigenen Schulen auf externe Dienstleister sei ein logischer und notwendiger Schritt, wenn sich nach mehrjährigem Vergleich eindeutig ergibt, dass externe Dienstleister die gleichen Leistungen jährlich 1,8 Millionen Euro günstiger, weil auch effizienter erbringen können, argumentiert die FDP. Die Kreisverwaltung als größter Arbeitgeber im Landkreis müsse sich auf den Kernbereich ihrer Aufgaben beschränken. Das gelte auch für weitere Bereiche, die aus der laufenden Verwaltungs- und Rationalisierungsuntersuchung durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) dem Kreistag bald vorgelegt werden sollen.